

Schweiz

«Das Elite-Bashing scheint Früchte zu tragen»

Alt-Ständerat und Rechtsprofessor René Rhinow warnt vor «gefährlichen Tendenzen» und fragt sich: Was ist die neue Verantwortung der Bürgerlichen in Zeiten des Umbruchs? Und ist noch ein Bürgerlicher, wer Donald Trump beklatscht?

Mit René Rhinow sprachen
Philipp Loser und Alan Cassidy

Was geht in Ihnen vor, wenn Bürgerliche in der Schweiz Trumps Wahl und den Aufstieg der Rechtspopulisten als Ende der alten Ordnung bejubeln?

Da erschrecke ich. Hier werden Tendenzen unterstützt, die eine Absage an den freiheitlichen Rechtsstaat und die Demokratie bedeuten. Sie gehen in die Richtung eines autoritären Systems. Das ist befremdlich. Noch befremdlicher ist der Support für diese Tendenzen aus den angesprochenen Kreisen.

Warum heissen das selbst ernannte Bürgerliche gut?

Das kann ich mir nur so erklären, als dass diese Leute eine andere Vision von Staat und Gesellschaft haben, als unserer rechtsstaatlichen Demokratie zugrunde liegt. Der Begriff Bürgerlichkeit ist sehr missbrauchs anfällig. Nicht jeder, der sich bürgerlich nennt, ist es auch. Die wirklich Bürgerlichen sind aber nicht gefährdet. Sie wissen, dass sie in diesen Zeiten eine besondere Verantwortung tragen.

Definieren Sie es uns: Was ist denn richtige Bürgerlichkeit?

Bürgerliche engagieren sich für den Staat und das Gemeinwohl. Ihr Ideal ist der mündige Mensch. Sie sind Staatsbürger, die im Gemeinwesen mitwirken und sich dafür verantwortlich fühlen, weil es «ihr» Gemeinwesen ist. Und sie sind Individuen und Wirtschaftsbürger, die eigenverantwortlich handeln und Autonomie anstreben. Aber die autoritären Tendenzen, das Elite-Bashing, die Verneinung von Autorität an sich: Das hat nichts Bürgerliches an sich.

Ist die SVP noch bürgerlich?

Ich will nicht sagen, dass die SVP in ihrer Gesamtheit nicht mehr bürgerlich sei. Es gibt sicher viele überzeugte SVP-Mitglieder, die durch und durch bürgerlich sind. Aber die nationalen Sprachrohre der Partei haben sich vom Bürgertum verabschiedet.

Woran machen Sie das fest?

Dass permanent Misstrauen gegenüber sogenannten Eliten geschürt wird. Dass man eine «Classe politique» zu unterscheiden versucht vom Volk, wo doch bei uns jeder aktive Bürger, Interessenorganisationen und auch viele Medien politisch Einfluss nehmen. Dass man den Bundesrat als Landesverräter denunziert, das Parlament als Schwatzbude, die Richter als elitäre Einzelpersonen, die das Volk erziehen wollen. Auch die Missachtung der Menschenrechte gehört dazu und die Geringschätzung von Minderheiten. Gerade in der Schweiz wissen wir, wie wichtig der Umgang mit Minderheiten ist. Das sind alles Tendenzen, die für mich nicht mehr bürgerlich sind.

Warum ist Bürgerlichkeit so wichtig?

Ein Begriff steht für gewisse Inhalte und Werte. Wendet man ihn auf etwas anderes an, ist das eine Täuschung. Der Begriff hatte in der politischen Schweiz immer eine grosse Bedeutung. Heute dient er vielen Bürgerlichen bloss noch als Abgrenzung gegenüber links, als ob die Schweiz immer noch aus zwei Lagern bestünde: einem linken und einem bürgerlichen. Das ist falsch, weil sich die Konfliktlinien verändert haben und keine eigentlichen Lager mehr existieren. Die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III zeigt das schön. Den «Bürgerblock» gibt es schon lange nicht mehr.

In einem Gastbeitrag für die NZZ haben Sie kürzlich beschrieben, wie sich die SP in den 30er-Jahren verbürgerlichte, indem sie sich zu gewissen Werten bekannte - und zu einer bestimmten Kultur. Wird sich nicht auch die SVP verbürgerlichen? Wer will das schon voraussagen? Es kann immer in beide Richtungen gehen. Wenn bei der SP der Klassenkampf tatsächlich wiederaufgenommen werden sollte - wofür es ja einige Anzeichen gibt -, ist das eine Entbürgerlichung.



Was ist bürgerlich? Und was tut nur so? Alt-Ständerat René Rhinow in Liestal BL. Foto: Basile Bornand (13 Photo)

«Die nationalen Sprachrohre der SVP haben sich vom Bürgertum verabschiedet.»

Bürgerlichkeit wandle sich, schreiben Sie. Das Bekenntnis gegen den Kommunismus gehörte dazu, später gegen die Nazis. Gegen was müssen sich Bürgerliche heute abgrenzen? Gegen rechts?

Sie müssen sich gegen Tendenzen wehren, die an den Polen der Gesellschaft zu finden sind und sich gegen das Fundament des demokratischen Rechtsstaates wenden. Dazu gehört vieles: von der Wichtigkeit der Bildung bis zum Anstand und dem Respekt anderen gegenüber, der die Basis einer freiheitlichen Gesellschaft bildet und ohne den Kompromiss nicht möglich sind. Die Verkürzung unserer Demokratie auf Volksabstimmungen gehört auch zu den gefährlichen Tendenzen.

Wie meinen Sie das?

Die Grundlage jeder Demokratie ist ihre repräsentative Ordnung. 90 bis 95 Prozent aller Entscheidungen in der Schweiz werden von unserem Parlament gefällt. Ohne Parlament keine Demokratie. Essenziell ist auch der Meinungsbildungsprozess: Können sich die Bürger ihre Meinung frei bilden? Gibt es Versuche der Manipulation und der Desinformation? Oder nehmen Sie den Gemeinsinn. Wo sonst stimmt die Bevölkerung, was oft vorkommt, für höhere Steuern? Es gehört auch zur Bürgerlichkeit, dass man vernünftige Entscheide für das Ganze fällt, nicht nur im eigenen Interesse.

Dieser Gemeinsinn war früher eines der Hauptmerkmale der regierenden Bürgerlichen. Er scheint zu verschwinden.

Das muss nicht so weitergehen! Immerhin gehört der Gemeinsinn heute zu den Leitwerten der FDP. Es war mit Walther Stampfli schliesslich ein freisinniger Bundesrat, der die AHV eingeführt hat - auch wenn man heute immer noch meint, es sei der Sozialdemokrat Hans-Peter Tschudi gewesen. Aber der Solidargedanke ist in Gefahr.

Woran die Bürgerlichen auch einen Anteil haben.

Kennzeichen des Schweizer Bürgertums war immer schon eine gewisse Staats-treue, die von der Idee des politischen Liberalismus getragen und durch die Abwehr gegen äussere Gefahren oder gegen eine aufmüpfige Linke gestärkt wurde. Die Schwierigkeit daran ist: Man steht zum Staat und begrenzt ihn gleichzeitig in seinen Funktionen. Man ist skeptisch, aber anerkennt den Staat - und macht ihn nicht lächerlich.

Wo verläuft die Grenze zwischen berechtigter Kritik und Feindschaft?

Die Kritik muss sich am Output des Staates orientieren - nicht an seiner Essenz. Ich kann einen Entscheid des Bundesrates, ein Urteil des Bundesgerichts kritisieren, aber nicht die Institution als solche verteufeln. Leider wird diese Unterscheidung immer seltener gemacht.

Kann eigentlich auch ein Linker ein Bürgerlicher sein?

Natürlich! Wenn er auf dem Boden der Verfassung und der sozialen Marktwirtschaft steht, seine Partizipationsrechte wahrnimmt und die bürgerlichen Werte verteidigt, ist auch ein Linker ein Bür-

gerlicher. Auch wenn er aus freisinniger Sicht dem Staat zu viele Kompetenzen übertragen will.

Die SVP würde widersprechen. Sie definiert Bürgerlichkeit mit Freiheit und Unabhängigkeit.

Die Schwierigkeiten beginnen, wenn man die Definitionshoheit über gewisse Begrifflichkeiten beansprucht und sich dabei von überlieferten Vorstellungen verabschiedet. Was heisst denn Freiheit? Wovon? Ist die individuelle Freiheit des Einzelnen gemeint? Die Freiheit zur Rücksichtslosigkeit? Vom Schriftsteller Anatole France stammt der Satz, dass es den Armen und den Reichen gleichermaßen verboten ist, unter den Brücken von Paris zu schlafen. Oder geht es um die Freiheit des Landes? Aber was bedeutet die denn überhaupt? Die Schweiz ist schon lange nicht mehr völlig frei, sie ist auch eingebunden in ein internationales Netz. Und sie ist schon lange nicht mehr unabhängig im Sinne des Wortes.

Solche Sätze machen aus einem Freisinnigen, einem Linksfreisinnigen noch dazu, ein Feindbild.

René Rhinow

Alt-Ständerat und Jurist

Der 74-Jährige ist emeritierter Professor für öffentliches Recht der Universität Basel, wo er bis 2006 lehrte. Er sass von 1987 bis 1999 für die FDP im Ständerat, den er 1999 präsidierte. Rhinow stand für einen gesellschaftsliberalen und öffnungsfreundlichen Kurs. Nach seinem Rücktritt präsidierte er zehn Jahre das Schweizerische Rote Kreuz. Heute ist Rhinow unter anderem als Ombudsmann für die AZ Medien tätig. (TA)

Für diejenigen, die rechts an der Wand stehen, ist alles links. Das Bürgertum anerkennt die Notwendigkeit von Autoritäten, gerade auch in einer Demokratie. Es scheint, dass das ständige Elite-Bashing Früchte zu tragen beginnt. Und das ist eine der gefährlichsten Tendenzen in unserer Demokratie. Der Schweizer Staatsrechtler Carl Hilty hat sich Ende des 19. Jahrhunderts gefragt, wie ein Urner Kleinbauer, der kaum sein Tal verlässt, bei einer komplexen nationalen Vorlage seine Meinung bilden kann. Hiltys Antwort war einfach: Der Bauer vertraut glaubwürdigen und kompetenten Autoritäten, vor allem aus seiner Partei. Diese Orientierung an Autoritäten und «eigenen» Parteien wird immer schwieriger. Heute verändert sich die Anhängerschaft der Parteien, sie ist oft zersplittert, neue Konfliktlinien wie Öffnung oder Abschottung stehen quer zu den tradierten. Je mehr die natürliche Autorität von Parteien, Medien oder Verbänden wegfällt, desto eher wird der Stimmbürger sich aus der Politik raushalten oder aus Frust Nein stimmen.

Wie kann der «Citoyen» dem entgegenhalten?

Indem er zu den Grundwerten dieses Landes steht und sich aktiv an der Politik und der Gesellschaft beteiligt. Er darf nicht zum Passivbürger werden. Er muss sich engagieren!

Sie reden auch als Freisinniger.

Wie sehen Sie die Rolle der FDP?

Wenn der Freisinn eine Chance auf Erfolg haben will, muss er glaubwürdig, offen und mutig sein. Und er muss sich immer wieder bewusst werden, was seine liberalen Werte heute bedeuten, nicht nur abstrakt, sondern in der Lebenswirklichkeit. Diese Werte hören nicht beim wirtschaftlichen Liberalismus auf, sondern beinhalten eine staatspolitische und eine gesellschaftsliberale Dimension. Unsere Grundwerte sind in der Verfassung verankert; dazu gehört übrigens auch die Religionsfreiheit. Wenn man diffus von «gesellschaftlichen Werten» spricht, führt das in eine gefährliche Richtung. Meint man damit Moral, Sitten und Gebräuche? Diese möchte ich nicht vom Staat definiert haben, sie verändern sich auch, die Werte in der Verfassung bleiben. Vor allem: Diese sind verbindlich! Ich wünsche mir vom Freisinn, dass er diese Verfassungsdimension mit ihren Grundwerten in die Wertedebatte einbringt und die Debatte nicht allein der CVP überlässt.

Und welche der vier Punkte erfüllt die Partei aktuell?

Das kann ich nur schwer beurteilen. Auf Bundesebene gibt es auf jeden Fall Tendenzen in eine gute Richtung. Nehmen Sie Kurt Fluri und die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative: Hier ist die FDP das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU mutig angegangen und nicht beim ersten - verfehlten! - «Verfassungsbruch»-Schrei von rechts zusammengebrochen. So scharf, wie man manchmal gegen links schießt, muss man sich auch nach rechts abgrenzen, wenn Grundwerte wie die Menschenrechte und die Gewaltenteilung infrage gestellt werden.

In der NZZ zitieren Sie den Philosophen Odo Marquard: «Die liberale Bürgerwelt bevorzugt das Mittlere gegenüber den Extremen, die kleinen Verbesserungen gegenüber der grossen Infragestellung.» Mehr aus der Zeit gefallen könnte das nicht sein.

Doch es bleibt richtig. Und wichtig! Die Skandalisierung und Aufgeregtheit unserer Zeit begünstigen die Polarisierung. Und die Polarisierung ist nicht bürgerlich. Jedes Mal, wenn in der Geschichte die Politik heroische Züge annahm, ging es nicht gut aus. Autoritäre Führer reden zuerst eine Misere herbei und versprechen dann, das Land eigenhändig aus dem Elend zu heiven - und führen es dann meist mitten hinein. Darum das Zitat von Marquard: Die Mehrheit der Menschen will nicht Drama und Skandal. Die Mehrheit der Menschen will Lösungen.



«Zur wahren Elite gehören Personen, die sich durch ihre besondere Befähigung und ihre besonderen Qualitäten auszeichnen»: Christoph Blocher. Foto: Dominique Meienberg

«Ich habe keine Lust am Zündeln»

Christoph Blocher wehrt sich gegen den Vorwurf, kein Bürgerlicher zu sein - auch wenn er den Begriff nicht möge. Den Staat, den er so oft kritisiert, achte er in Wirklichkeit sehr.

Mit Christoph Blocher sprachen Philipp Loser und Alan Cassidy

Sind Sie ein echter Bürgerlicher?

«Bürgerlich»? Ein etwas verwaschener Begriff. Deshalb mag ich ihn nicht. Gemeint ist das Gegenteil von sozialistisch: Der wahre Bürgerliche stellt in seinem politischen Handeln den Bürger in den Mittelpunkt - seine persönliche Freiheit und Selbstverantwortung. Für die Linken steht der Staat, das Kollektiv, im Zentrum. Ja, ich bin ein wahrer Bürgerlicher. Zudem: Der Bürgerliche verteidigt im Gegensatz zu den Sozialisten, die ja stets internationalistisch waren, die Grundwerte der Eidgenossenschaft, nämlich die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie und die dauernd bewaffnete Neutralität. Wir Bürgerlichen gehören zu den Gründern des Bundesstaates, der 1848 diese tragenden Staatssäulen verankerte...

... wie bitte?

Ja, aus den Liberal-Radikalen gingen dann 1894 die FDP und 1917 die heutige SVP hervor. Die Zürcher SVP hat sich vor genau 100 Jahren als eigenständige bürgerliche Partei konstituiert.

Sehen Sie sich als Erbe des alten Freisinns?

Die radikale Grossfamilie der Gründerjahre des Bundesstaates hat verschiedene Töchter, die Erben sind. Die heutige SVP ist eine davon.

Wenn Sie die Bezeichnung bürgerlich nicht mögen, was sind Sie dann?

Die SVP ist eine liberalkonservative Partei. Das ist auch meine politische Gesinnung. Es reicht nicht, bloss konservativ zu sein, sonst wird man stur und zementierend. Aber nur liberal wird schnell beliebig und führt zur Standpunktlosigkeit. Deshalb sagt heute jeder, der keine Meinung hat, er sei liberal.

Also ist Alt-Ständerat René Rhinow, der Ihnen in einem Interview die bürgerliche Gesinnung absprach, in Ihren Augen ein Sozialist? Er ist ein Linksfreisinniger.

Ein Schimpfwort.

Für die Linken nicht. Er war und ist für den EU-Beitritt, er verachtet die schweizerische Unabhängigkeit und die direkte Demokratie. Auch die Neutralität der Schweiz vernachlässigt er. Linksfreisinnige sind auch bedenkenlos für staatliche Zwangswirtschaft mit enorm höheren Steuern und Abgaben, wie die Energiestrategie zeigt. Was soll daran bürgerlich sein? Man will den Gegensatz zwischen links und rechts nicht mehr, weil man der entscheidenden Grundfrage «Mehr Staat oder mehr Freiheit?» aus dem Weg geht.

Der Bürgerliche stelle den Menschen in den Mittelpunkt und nicht den Staat, sagen Sie. Welche Beziehung haben Sie zum Staat?

Leider gilt nach wie vor «homo homini lupus»: Der Mensch ist des Menschen Wolf! Darum braucht es den Staat. Er ist ein notwendiges Übel. Der Staat hat die Sicherheit und die Freiheitsrechte der Bürger zu schützen. So weit achte ich den Staat und die Institutionen sehr. Aber deswegen nicht alle Personen, die darin tätig sind.

Uns scheint eher: Es gibt kaum jemanden, der den Staat und seine Institutionen so verhöhnt wie Sie.

Nicht die Institutionen, aber die Leute, die in ihnen tätig sind, wenn sie nicht bei ihrem Auftrag bleiben und ihre Macht missbrauchen - gerade weil mir die Institutionen am Herzen liegen. Ich habe nichts im Leben so häufig kritisiert wie

Debatte

Wer ist heute bürgerlich?

Im Interview mit dem TA kritisierte Alt-Ständerat und Staatsrechtler René Rhinow (FDP) vergangene Woche die SVP: Wer wie deren Sprachrohr permanent das Misstrauen gegenüber «Eliten» schüre, sei nicht mehr bürgerlich. Ein wahrer Bürgerlicher stehe dem Staat skeptisch gegenüber, aber er stehe zu ihm, engagiere sich für ihn - und mache ihn nicht lächerlich. Rhinows Worte zielten auch auf Alt-Bundesrat Christoph Blocher, der die SVP zum Hybriden aus Regierungs- und Oppositionspartei gemacht hat - und zur stärksten Kraft im bürgerlichen Lager. Blocher führt die Debatte mit diesem Interview weiter. (TA)

das eigene Unternehmen. Weil es mir am Herzen liegt! Es gibt kaum jemanden, der die hervorragende schweizerische Staatsordnung mit ihren besonderen Institutionen mehr verteidigt. Aber die Scheinelite kritisiere ich - nicht jene, die ihren Auftrag gewissenhaft erfüllen.

Ist der Unterschied nicht die Häme, mit der Sie öffentlich über die Elite und die «Volksverräter» herziehen?

Wer als Politiker den Auftrag hätte, eine Verfassungsbestimmung umzusetzen, und daraus das Gegenteil macht, ist ein Volksverächter. Dagegen muss man in aller Schärfe vorgehen. Der Parlamentsbetrieb ist eine Schwatzbude geworden, weil man durch immer höhere Entschädigungen still und leise ein Berufsparlament eingeführt hat. Ich bin für eine wahre Elite und gegen eine Scheinelite.

Sie unterscheiden dauernd zwischen guter Elite und Scheinelite. Das dünkt uns doch sehr gesucht.

Zur wahren Elite gehören Personen, die sich durch ihre besondere Befähigung und ihre besonderen Qualitäten auszeichnen. Diese sind besonders für höhere Positionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft wichtig. Eine solche Elite wird anerkannt und schafft Vertrauen. Aber oft sitzen in führenden Positionen Leute, die aus ganz anderen Gründen dorthin gelangt sind. Nicht die Befähigung, sondern Karrieregedanken, Beziehungen, Geld oder unangebrachtes Anpassertum oder auch Korruption hat sie dorthin gebracht. Sie bilden die Scheinelite und müssen zu Recht kritisiert werden. Dazu gehören auch jene, die vor den Wahlen viel versprechen, nach den Wahlen aber das Gegenteil tun. Wie sagt es der Volksmund: «Sobald das Füdli auf einem anderen Stuhl hockt, denkt der Grind anders.»

So messerscharf dünkt uns diese Unterscheidung nicht unbedingt.

Was verstehen Sie denn nicht? Kürzer gesagt: Die Scheinelite sieht nur das Pöstli und handelt gegen den eigenen Auftrag. Kritik ist hier nötig!

Und Sie gehen damit ziemlich weit.

Ich bin kein Feind der Kritik. Wie oft habe ich an SVP-Veranstaltungen, wo das SVP-Bashing beklagt wurde, den

politischen Gegnern für Tadel und Kritik gedankt: «So wurde die SVP zu einer starken und widerstandsfähigen Partei!»

Das ist ja wohl kaum ernst gemeint.

Und wie das ernst gemeint ist. Das gilt aber auch umgekehrt. Wie sehr haben doch unsere - nicht immer siegreichen - Initiativen, Referenden, Vorstösse, Kritiken, Widerstände die Erfolgsbilanz der Regierenden verbessert.

Ihre Lust am Zündeln, dieses Sehnen nach Krawall...

Ich habe keine Lust am Zündeln und schon gar kein Sehnen nach Krawallen. Ich verbitte mir diese Unterstellungen.

Worauf wir hinauswollen: Zur Schweizer Tradition gehört, dass die führenden Kräfte immer auch auf den Ausgleich bedacht waren. Wo ist die SVP ausgleichend?

Ausgleich als politisches Programm mag angenehm sein, aber bringt nichts. Der fruchtbare Ausgleich entsteht zwischen klaren Standpunkten. Wo Kompromisse nicht möglich sind, entscheiden die Bürger selbst. So haben Volk und Stände entschieden, dass die Schweiz der EU nicht beitreten soll oder die Personenfreizügigkeit zu beenden ist. Doch die Mehrheit in unseren Institutionen hat diese Volksentscheide nie wirklich anerkannt. Das ist demokratiefeindlich und darum unswisscheiderisch.

Schweizerisch ist auch der Kompromiss. Etwas, zu dem Sie unfähig scheinen.

In zahllosen Fragen war und ist die SVP zu Kompromissen bereit. Ich frage Sie, die Sie ja eher links stehen: Haben Sie den Sozialisten die Frage nach dem Ausgleich auch schon gestellt?

Die SP ist nicht die stärkste Partei der Schweiz. Und es geht um mehr als um Ausgleich: Es geht darum, wie Sie mit Gegnern umgehen. Sie schliessen aus, statt zu integrieren. Ich halte nichts von salonfähiger Verlogenheit und vordergründig geheuchelter Harmonie: Kompromisse schliesst man nicht mit Gleichgesinnten, Kompromisse schliesst man mit Gegnern. Und meine politische Laufbahn ist gespickt mit solchen Kompromissen.

SVP greift Mobility-Pricing frontal an

Die SVP will den Versuch mit Mobility-Pricing abbrechen. Die Chancen sind intakt - weil CVP und FDP gespalten sind.

Stefan Häne

Der 21. März soll den Anfang vom Ende einläuten. An diesem Dienstag wird Natalie Rickli in der Verkehrskommission (KVF), die sie präsidiert, Mobility-Pricing zur Debatte stellen. Sie bereitet damit den Boden für den Versuch ihrer Partei, das Grossprojekt auszubremsten. Wie mehrere SVP-Kommissionsmitglieder auf Anfrage bestätigen, wird aus ihren Reihen ein ebensolcher Antrag eingereicht. Ziel ist es, den Bundesrat zu beauftragen, die laufende Suche nach möglichen Testregionen einzustellen, ja das Projekt gänzlich abzubrechen. Die SVP befürchtet, Mobility-Pricing werde zu «mittelalterlich anmutenden Strassenzöllen» führen - mit ungewissen Kostenfolgen für die Autofahrer.

Das Manöver provoziert Unmut. «Es gibt keine Gesetzesänderung, die von der Kommission beraten werden soll», sagt Regula Rytz, Grünen-Präsidentin und KVF-Mitglied. In der Tat befindet sich das Projekt noch nicht in diesem Stadium. Der Bundesrat hat letzten Sommer das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) von Doris Leuthard (CVP) beauftragt, mit Kantonen und Gemeinden die Möglichkeit von Pilotprojekten zu prüfen. Handfeste Ergebnisse kann das Uvek noch nicht vorweisen. Im Gegenteil, mehrere Regionen haben abgesagt, darunter Bern, Zürich und Rapperswil-Jona - für SVP-Exponenten der Beweis dafür, dass Mobility-Pricing den erforderlichen Rückhalt nicht genießt. Nach Rytz' Dafürhalten kommt der Antrag der SVP jedoch einem «Denkverbot» gleich.

Primär eine «Strafsteuer»

Ob der SVP-Plan aufgeht, ist allerdings fraglich. In einem ersten Schritt muss die KVF eine Kommissionsmotion verabschieden, der in der Folge der Nationalrat und der Ständerat zustimmen müssen. Doch bereits der erste Schritt dürfte zur Zitterpartie werden. In der 25-köpfigen KVF stellt die SVP 9 Mitglieder. Sie ist also auf Verbündete angewiesen. Unterstützung erwarten kann sie am ehesten von den Freisinnigen, mit denen sie in der Kommission auf 13 Sitze kommt, also eine hauchdünne Mehrheit.

Der freisinnige Nationalrat Thierry Burkart kann sich vorstellen, den SVP-Antrag zu unterstützen, wie er sagt. Der Vizepräsident des Touring-Clubs Schweiz kritisiert, die Übungsanlage sei «überhaupt noch nicht ausgereift».

Mit Mobility-Pricing will der Bundesrat Verkehrsspitzen brechen und eine besser verteilte Auslastung von Strassen und Schienen ermöglichen. Die Idee dahinter: Wer auf viel befahrenen Strecken zu Stosszeiten fährt, soll mehr bezahlen. Thierry Burkart ist überzeugt: Solange bei den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie Arbeits- und Schulzeiten keine Veränderung stattfindet, empfinde die Bevölkerung Mobility-Pricing primär als «Strafsteuer». Er sieht den Übungsabbruch als Chance, die Thematik ganzheitlicher anzugehen.

Kampf um jede Stimme

Selbst wenn sich Nationalrat Burkart hinter die SVP stellen sollte: Die freisinnigen KVF-Mitglieder werden den Antrag nicht geschlossen mittragen. Zumindest Kurt Fluri, wiewohl «skeptisch» gegenüber Mobility-Pricing, ist dagegen, das Projekt «abzubrechen, bevor alles getan wurde, eine Testregion zu finden». Die Vertreter aus CVP, BDP und GLP werden der SVP ebenfalls nicht helfen, wie eine Umfrage unter den KVF-Mitgliedern zeigt. Ausser Fabio Regazzi. Der CVP-Nationalrat neigt dazu, den Vorstoss zu unterstützen. Mobility-Pricing, sagt er, werde wohl zu einem reinen Roadpricing verkommen, das die Autofahrer bestrafe. Zum Züngeln an der Waage könnten damit Hugues Hiltbold und Frédéric Borloz werden. Wie sie stimmen werden, ist unklar. Die beiden FDP-Nationalräte haben auf die Anfrage des «Tages-Anzeigers» nicht reagiert.